



Pflegenotstand endlich angehen ? heute für morgen sorgen!

Pflegenotstand endlich angehen - heute für morgen sorgen!
Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wirft der Landesregierung vor, den sich aufbauenden Pflegenotstand in Hessen weitgehend zu ignorieren. "Wir müssen endlich anfangen, alle Kräfte zu mobilisieren, um auf den Pflegenotstand in Hessen zu reagieren", erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und gesundheitspolitische Sprecherin der GRÜNEN, Kordula Schulz-Asche. "Die Landesregierung hat immer noch kein Konzept dafür, wie sie auf die zu erwartende, ab 2020 rasant ansteigende Zahl von pflegebedürftigen Menschen reagieren will."
Die in der letzten Woche von der Bertelsmann Stiftung vorgelegten Daten über den Fachkräftemangel in der Pflege sind dramatisch - 2030 ist für Hessen mit einer Versorgungslücke von über 26 000 Vollzeitpflegekräften zu rechnen. Bereits der hessische Pflegemonitor hat auf den Mangel an Fachkräften, der durch die geburtenstarken Jahrgänge ab dem Jahr 2020 auf uns zukommt, aufmerksam gemacht. Seit Jahren verschärft sich der Fehlbedarf an ausreichendem und qualifiziertem Personal in der Kranken- und Altenpflege. Dabei wird der professionelle Pflegebedarf in den nächsten Jahren aufgrund des demografischen Wandels massiv ansteigen. Es gibt Studien, die davon ausgehen, dass von den über 75jährigen rund ein Drittel an einem Tumor erkranken und rund die Hälfte eine Demenz entwickeln wird. Und aufgrund der Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass immer weniger Pflegebedürftige von ihren Angehörigen gepflegt werden können", so Kordula Schulz-Asche.
"Wir brauchen ein stärkeres Engagement des Landes an der Gestaltung der Pflege, angefangen bei einer größeren Unterstützung der Pflegestützpunkte und der Förderung von ambulanten Versorgungskonzepten, insbesondere für demenziell Erkrankte. Das Hessische Gesetz über Betreuungs- und Pflegeleistungen bietet keine ausreichende Grundlage, sondern muss zu einem modernen und an den Bedürfnissen der Patienten orientierten Pflegegesetz weiterentwickelt werden. Die Pflege muss ganzheitlich, und auf den individuellen Bedarf ausgerichtet sein. Selbstbestimmung und Würde der pflegebedürftigen Menschen, die Sicherstellung der Pflege-Qualität, gute Arbeitsbedingungen und ein engmaschiges, bedarfsgerechtes und flexibles Angebot sind grundlegende Aufgaben und Ziele einer zukunftsfesten Pflegepolitik des Landes."
"Wir benötigen mehr gut ausgebildete Fachkräfte", so Dr. Jürgen Eierdanz, Vorsitzender der Schulleiterkonferenz der hessischen Altenpflegeschulen. "Zwar ist die Zahl der Auszubildenden in der Altenpflege auf einem hohen Niveau - aktuell befinden sich rund 4 600 junge Menschen in der Ausbildung. Doch braucht es für die Sicherstellung einer guten Pflege noch mehr junge Menschen. Die Schulen als Träger der Ausbildung brauchen eine auskömmliche Finanzierung und Planungssicherheit um die Qualität der Ausbildung weiterhin sicherzustellen. Hier sehen wir die Landesregierung in der Verantwortung", so Dr. Eierdanz. "In den nächsten Jahren werden die Schulen versuchen, noch mehr junge Menschen für Pflegeberufe begeistern zu können. Dies geht aber nur gemeinsam mit den Heimen, in denen die praktische Ausbildung stattfindet. Die Schulen jedenfalls sind bereits heute darauf eingerichtet, dass auch Hauptschülerinnen und Hauptschülern über die Pflegehilfesausbildung eine Fachkraftausbildung möglich wird."
Frank Stricker, Vorsitzender des Landespflegerats Hessen, sieht enormen Handlungsbedarf: "Deutschland und Hessen liegen bei der Struktur des Pflegeberufs weit hinter anderen europäischen Ländern zurück. So sind viele Arbeiten, die in anderen Ländern selbstverständlich von Beschäftigten in Pflegeberufen ausgeführt werden hier ausschließlich in der Verantwortung von Ärztinnen und Ärzten. Deshalb halten wir die Zusammenführung der Kranken- und Altenpflegeausbildung für einen richtigen Schritt, um auf breiter Ebene eine qualifizierte Pflege sicherzustellen. Diese breite Basis ist auch die Voraussetzung für hochqualifizierte und spezialisierte Pflege. Diese Reform bedarf einer Neukonzeption der gesamten Ausbildung, der unterschiedlichen Qualifikationsstufen und einer darauf aufbauenden Fort- und Weiterbildung."
Der Landespflegerat unterstützt den Vorschlag der GRÜNEN eine Pflegekammer in Hessen einzurichten. "Eine Pflegekammer stärkt die Rechte und das Ansehen der professionellen Pflege und erweitert die Einsatzmöglichkeiten, gerade auch im ländlichen Raum. Die Pflege wäre endlich ein gleichberechtigter Partner mit den Kammern der Ärzteschaft und muss an der Gestaltung unseres Gesundheitswesens mehr beteiligt werden", so Frank Stricker. Der Vorsitzende des Landespflegerats fordert von der Landesregierung ein Konzept zur Verbesserung der Ausbildungssituation. "Hessen braucht mehr Ausbildungsstätten, Pflegeberufe müssen attraktiver werden, und die Fachkräfte müssen ihren Beruf länger als bisher ausüben können. Studien zufolge erwägen 20 Prozent der Pflegekräfte aus ihrem Beruf auszusteigen. Das bedeutet, dass von den 50 000 Beschäftigten, 20 Prozent mit ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen nicht zufrieden sind."
Pflegebedürftige Menschen gehören zu den Schwächsten in unserer Gesellschaft. Selbstbestimmung und Menschenwürde auch in Zukunft zu ermöglichen, macht eine Kooperation aller in den Kommunen, regional und auf Landesebene notwendig. Dazu Schulz-Asche: "Wichtige Schritte, die jetzt umgesetzt werden müssen, sind z.B. die Förderung von Genossenschaften für Wohnen und Pflege im Alter und moderne Strukturen der Gemeindepflege. Wir brauchen eine Reform der Kranken- und Altenpflegeausbildung mit abgestuften Qualifikationen von professionell eingebettetem Ehrenamt bis hin zu hochqualifizierten Pflegekräften. Die Einrichtung einer Pflegekammer, ein Landesrecht, steht daher auf der Tagesordnung: Qualitätsstandards und zertifizierte Fort- und Weiterbildungen bedeuten nicht nur eine Aufwertung des Pflegeberufs, sondern sind auch Teil des Verbraucherschutzes in der Gesundheitspolitik."
Pressestelle der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag
Pressesprecherin: Elke Cezanne
Schlossplatz 1-3; 65183 Wiesbaden
Fon: 0611/350597; Fax: 0611/350601
Mail: presse-gruene@ltg.hessen.de
Web: <http://www.gruene-hessen.de/landtag>
Pfleger-Ausbildung3.jpg

Pressekontakt

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag

65183 Wiesbaden

presse-gruene@ltg.hessen.de

Firmenkontakt

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag

65183 Wiesbaden

presse-gruene@ltg.hessen.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage